

Bundesamt: Mittel gegen Wolf reichen, Ems-Zeitung, 1.10.19

Union widerspricht und fordert Abschuss der Raubtiere / Hunderte Schafe getötet

Schafe einzäunen und Problemwölfe im äußersten Notfall abschießen – reicht das im Umgang mit dem Raubtier? Ja, sagt Beate Jessel, Präsidentin des Bundesamtes für Naturschutz. Die Unionsfraktion im Bundestag vertritt eine andere Auffassung und fordert den Bestand der Tiere gezielt durch Abschuss zu begrenzen.

Behördenchefin Jessel betonte: „Wir haben momentan etwa 100 Wolfsrudel und -paare in Deutschland. Das ist nicht so viel, wie immer wieder behauptet wird.“ Viele der Wölfe blieben unauffällig, Hauptnahrungsquelle seien Rehe und Wildschweine. „Aber ja, wenn sie leicht zu erbeuten sind, reißt er auch Schafe oder andere Weidetiere“, so Jessel. „Man kann es nicht genug betonen: Das A und O ist ein vernünftiger Herdenschutz – auch wenn das viele Weidetierhalter nicht hören wollen.“

Es gebe wirksame Schutzmaßnahmen, es brauche mindestens 1,20 Meter hohe elektrisierte Zäune. Jessel sagte: „Kommt der Wolf damit in Kontakt, wird er künftig einen Bogen um so geschützte Schafe machen.“ Gelänge es einzelnen Wölfe dennoch mehrfach, solche Schutzmaßnahmen zu überwinden, „besteht jetzt schon die Ausnahmemöglichkeit, sie abzuschießen.“

Gitta Connemann, Fraktionsvize der Union im Bundestag, kritisierte die Auffassung der Behördenchefin. Sie sagte, es sei „ein Ammenmärchen“, dass sich der Wolf von Zäunen aufhalten lasse. Schäfer und Ziegenhalter hätten in der Vergangenheit die leidvolle Erfahrung machen müssen. „Allein mit Herdenschutzmaßnahmen und Ausgleichszahlungen ist es nicht getan.“

Connemann sagte, die Schaffung wolfsfreier Zonen sei für die Union auf der Tagesordnung. Dies gelte beispielsweise in Regionen, wo Schafe Deiche beweideten und somit zur Deichsicherheit beitragen. Der Bestand der Raubtiere müsse durch gezielten Abschuss reguliert werden. Werde das nicht gemacht, werde die Zahl der Wölfe und der gerissenen Nutztiere weiter steigen.

Mit ihrer Forderung geht Connemann über die Änderungen hinaus, die die Bundesregierung am Bundesnaturschutzgesetz vorgenommen hat. Die entsprechende Reform muss noch durch den Bundestag. Hier will sie die Union offenbar weiter verschärfen. Der Entwurf sieht vor, den Abschuss sogenannter Problemwölfe zu erleichtern, die sich eben nicht von Zäunen aufhalten lassen.

Wie schwierig es aber ist, solche Tiere zu töten, ist derzeit in Niedersachsen und Schleswig-Holstein zu beobachten. In beiden Ländern ist je ein Wolf zum Abschuss freigegeben. Seit Monaten gelingt es allerdings nicht, die beiden auffälligen Tiere zu erschießen. Im August hatte das niedersächsische Umweltministerium mitgeteilt, bislang seien Kosten in Höhe von mehr als **80 000 Euro** für die Suche nach dem sogenannten Rodewalder Wolf ausgegeben worden. Die Landesregierung in Schleswig-Holstein wollte indes auf Anfrage keine Angaben zu Kosten der bislang erfolglosen Jagd machen.

In Nordrhein-Westfalen steht ein Wolf „unter Beobachtung“. Schäfer sagen, das Tier habe gelernt, Zäune zu überwinden. Fachleute von Land und Bund hatten zurückliegende Risse untersucht und waren zu dem Ergebnis gekommen, dass die getöteten Schafe nicht optimal geschützt waren.

Zuletzt hatte eine Umfrage unserer Redaktion unter den Bundesländern ergeben, dass vergangenes Jahr **1664 Schafe, Rinder oder andere Nutztiere** sehr wahrscheinlich oder nachweislich von Wölfen gerissen wurden. Die meisten Opfer verzeichneten die Behörden in **Brandenburg mit 401 gerissenen Tieren**, dahinter folgen **Niedersachsen mit 370 und Sachsen mit 240**.

Am stärksten zugenommen haben die durch Wölfe verursachten Todesfälle derweil in **Schleswig-Holstein**, wo die **Zahl der Risse von sechs im Jahr 2017 auf 180 im Vorjahr stieg**. In **Mecklenburg-Vorpommern stiegen die Nutztierrisse im selben Zeitraum von 66 auf 120**. *Dirk Fisser*